

Soziale Sicherheit durchsetzen, demokratische Rechte verteidigen und ausbauen, gesellschaftliches Leben sicherstellen, Krisenkosten nicht auf die Bevölkerung abwälzen

Beschluss des Landesvorstands für ein 10-Punkte-Programm zum „Corona-Winter“ als Diskussionsgrundlage für den Online-Ratschlag am 22. November 2020

1. Mit Blick auf die zweite Welle der Corona-Pandemie erfordert es weiterhin ein striktes Gegensteuern, um die Gesundheit Aller zu schützen und Menschenleben zu retten. Hierzu braucht es aber eine abgestimmte mittel- und langfristige Strategie der Pandemiebekämpfung, die auch ein gesellschaftliches Leben unter Pandemiebedingungen garantiert.

Soziale Sicherheit und einen handlungsfähigen Sozialstaat gewährleisten

2. Die Corona-Krise trifft alle, aber nicht alle gleich. Die bisherigen Maßnahmen haben die soziale Ungleichheit in unserem Land weiter verschärft. Weitere soziale Einschnitte müssen verhindert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gesichert werden. DIE LINKE. Hessen fordert:

- Einen Pandemieaufschlag von mindestens 200 Euro für Menschen im Sozialleistungsbezug. Grundsätzlich muss Hartz-IV zugunsten einer solidarischen Mindestsicherung überwunden werden.
- Finanzielle Unterstützung an Unternehmen muss u.a. an Arbeitsplatzgarantien geknüpft werden.
- Hilfsprogramm für Solo-Selbstständige und Klein-Unternehmen sind notwendig, um bisherige Förderlücken zu schließen.
- Der Mindestlohn muss auf 13 Euro angehoben werden, damit Beschäftigte später auf eine Rente über Hartz -IV- Niveau kommen.
- Systemrelevante Berufe brauchen Entlastung, Anerkennung und gehören aufgewertet.
- Ein umfassendes Sozialpaket, das allen sozialen Trägern und Diensten ein Überleben bzw. einen Leistungsausbau garantiert.
- Mietschuldenmoratorium und Verbot von Zwangsräumungen, Strom- und Wassersperrungen – auch für Kleingewerbetreibende, Restaurants und Kneipen.
- Voller Zugang zum Gesundheitssystem – auch für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz.

Unser Gesundheitswesen muss handlungsfähig bleiben.

3. Auch in der Pandemie gilt: Gesundheit darf nicht vom Einkommen, Herkunft oder Wohnort abhängen. DIE LINKE. Hessen fordert:

- Die Bekämpfung der Pandemie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb aus Steuermitteln finanziert werden. Statt Beitragserhöhungen oder Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung muss eine Vermögensabgabe für Superreiche dringend umgesetzt werden
- Gesundheit ist keine Ware! Deshalb gehören unsere Krankenhäuser in öffentliche Hand. Die Fallpauschalen, über die Krankenhäuser in einen Wettbewerb gezwungen werden, müssen sofort ausgesetzt und durch eine bedarfsorientierte und selbstkostendeckende Finanzierung ersetzt werden.
- Wir brauchen ein Sofortprogramm zur (Rück-)Gewinnung von Gesundheitsfachkräften durch nachhaltige Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Dazu gehört eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus: bedarfsgerecht, wissenschaftlich ermittelt und bindend. Die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern müssen endlich deutlich besser bezahlt werden.

- Wir fordern eine deutliche und dauerhafte personelle Verstärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die Vorhaltekosten für Material und Behandlungskapazitäten müssen von staatlicher Seite übernommen werden.
- Niedrigschwellige, präventive Testungen in Gesundheitseinrichtungen, wie Kliniken und Pflegeheimen, müssen jetzt in ausreichend großer Zahl ermöglicht werden.
- Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie müssen öffentlich diskutiert werden. Anstatt über Zwangsmaßnahmen und Ordnungsgelder zu sprechen, muss die Bundesregierung die Bevölkerung überzeugen.

Kita- und Schulbetrieb sollten in der Corona-Situation aufrechterhalten

4. Schulen und Kitas müssen so umgestaltet werden, dass Kinder und Jugendliche, aber auch Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher so gut wie möglich geschützt werden. DIE LINKE. Hessen fordert:

- Verkleinerung der Klassen und Kita-Gruppen..
- Ermöglichung zeitversetzter Unterrichtszeiten, um Kontakte zwischen den Lerngruppen zu begrenzen Reduzierung des Präsenzunterrichts in Risikogebieten und partielle Umstellung auf digitale Lernformen
- Beschaffung von Luftfilteranlagen.
- Verdoppelung der Buslinien zu Stoßzeiten.
- Verbesserung der digitalen Partizipation; Tablets sind kostenlos zur Verfügung zu stellende Lernmittel.
- Schaffung zusätzlicher Stellen zur Einrichtung und Wartung der digitalen Endgeräte, sowie zur Betreuung der Lernsoftware; Verlängerung der Möglichkeit für Corona-Tests für Lehrkräfte bis zu den Osterferien; Entlastung für die Beschäftigten durch zusätzliches Personal und eine Reduzierung der Pflichtstunden; Effektiver Schutz für Lehrkräfte die Risikogruppen angehören; Einbindung von Gewerkschaften, Eltern- und Schülervertretungen in die weitere Regelerarbeitung.

5. Insbesondere bisher sträflich vernachlässigte nachweisliche Pandemietreiber müssen verstärkt berücksichtigt werden. DIE LINKE. Hessen fordert:

- Verpflichtung der Arbeitgeber, soweit möglich für alle Beschäftigten umgehend Home Office zu ermöglichen und anzuordnen.
- Verbindliche und zu kontrollierende Vorgaben zur Durchsetzung der AHAL-Regeln in allen Betrieben, in denen kein Home-Office möglich ist.
- Gemeinschaftsunterkünfte auflösen. Menschen, gerade Geflüchtete müssen dezentral untergebracht werden.

Milliardenhilfen nicht ohne Wirtschaftsdemokratie und sozial-ökologischen Systemwechsel

6. Die gigantischen Milliardenprogramme, die derzeit für die Stabilisierung der Wirtschaft auf den Weg gebracht werden, müssen zum Umbau und zur Demokratisierung der Wirtschaft genutzt werden. Corona-Hilfen dürfen nur ausbezahlt werden, wenn sie endlich an konkrete Bedingungen wie Beschäftigungssicherung, nachhaltiges Wirtschaften und Ausbau der Mitbestimmung geknüpft werden. Keine staatlichen Gelder ohne Ausbau des staatlichen Einflusses. In der Krise eingeführte Staatsbeteiligungen an Unternehmen sollte der Staat halten und nutzen, um den sozial-ökologischen Umbau der Produktion durchzusetzen und die Mitbestimmung auszubauen.

Demokratische Rechte verteidigen und ausbauen

7. Notwendige, zielgerichtete und so weit wie möglich wissenschaftlich begründete Maßnahmen müssen zukünftig demokratisch im Parlament legitimiert werden, auch um eine möglichst hohe

Anerkennung in der Bevölkerung zu erhalten. Grundrechte, wie etwa das Recht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, müssen gewahrt werden.

Gesellschaftliches Leben sicherstellen

8. Einschneidende Maßnahmen zum Gesundheitsschutz sind wichtig, dürfen aber das gesellschaftliche Leben nicht vollständig zum Erliegen bringen. DIE LINKE. Hessen fordert:

- Ständige Überprüfung von Maßnahmen, die das gesellschaftliche Leben massiv einschränken
- Auskömmliche finanzielle Hilfen für Kultur und Gastronomie. Kultur ist für eine Gesellschaft von unschätzbbarer Bedeutung und muss krisenfest ausgestaltet werden.
- Maßnahmen, die eine Isolierung und Vereinsamung etwa von Alten und Kranken verhindern

Kommunen nicht im Regen stehen lassen

9. Die Kommunen dürfen mit den finanziellen Folgen der Corona-Pandemie nicht allein gelassen werden. Die Steuerausfälle müssen von Bund und Land vollständig kompensiert werden. Dazu gilt es insbesondere die Kommunen in der Krise in die Lage zu versetzen, den Investitionsstau zu bewältigen und in Schulen, Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und Sportstätten zu investieren. In vielen Kommunen sind als Reaktion auf die Corona-Pandemie solidarische Strukturen der Hilfe und des Allgemeinwohls entstanden. Daran gilt es anzuknüpfen und diese zu stärken.

Krisenkosten nicht auf die Bevölkerung abwälzen

10. Die notwendige Finanzierung aller Maßnahmen muss durch eine Umverteilung vor allem großer Vermögen erfolgen, um drohende soziale Kahlschläge zu verhindern. DIE LINKE. Hessen fordert:

- Lastenausgleich durch eine einmalige Corona-Abgabe auf große Vermögen nach Art. 106 GG.
- Wiedereinführung der Vermögensteuer.
- Reform der Erbschafts- und Einkommensteuer.
- Streichung der Schuldenbremse.